

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

Staat subventioniert Niedriglöhne mit vier Milliarden Euro

Einen außergewöhnlichen Zuwachs an neuen Jobs als Folge von Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) ist auch in der Region Berlin-Brandenburg nicht zu registrieren. Vor allem prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit wachse. Bedrückend sei die Situation von Niedriglöhnern, so Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, deren Einkommen drastisch sinke. An Mindestlöhnen führe deshalb kein Weg vorbei. In diesem Zusammenhang sei es völlig abwegig, wie von einzelnen Ökonomen gefordert, die Hartz-Sätze einzufrieren, weil sonst angeblich „der Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ fehle. Wer so argumentiere, so Zinke, verkenne die Wirklichkeit: Die Menschen nähmen jede Arbeit an, selbst miserabel bezahlte 1-Euro-Jobs. Das scheine an manchen Wissenschaftlern vorbei zu gehen.

Es sei ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass der Staat die Niedriglöhne der deutschen Wirtschaft mit 4,4 Mrd. Euro im Jahr subventioniere, also der Steuerzahler. Allein in Berlin und Brandenburg existierten 140.000 Aufstocker: Arbeitnehmer, die mit ihren Jobs so wenig verdienten, dass sie zusätzlich staatliche Unterstützung benötigten. DGB-Studien verweisen darauf, dass auf einen Aufstocker zwei weitere kommen, die sich nicht trauten, Hilfe zu beantragen.

PM 56/08
28.08.08

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2008\Jobboom blieb aus.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114